

Sandabbau in der Geißlach: Zapf setzt sich durch

Regierung stimmt dem Vorhaben am Birkensee zu, damit wird eine Genehmigung immer wahrscheinlicher

RÖTHENBACH (as) – Ein entscheidender Erfolg für den Behringersdorfer Kalksandsteinhersteller Zapf: Die Regierung von Mittelfranken hat zugestimmt, dass das Unternehmen nicht weit vom Birkensee Sand abbauen darf, wenn auch mit einer Reihe von Einschränkungen. Damit wird wohl auch das Bayreuther Bergamt – es hat das letzte Wort – grünes Licht für den Tagebau in der Geißlach geben, obwohl es dort mehrere gefährdete Arten gibt. Der Bund Naturschutz (BN) kritisiert dies scharf. Die Regierung sei vor Zapf schlicht eingeknickt.

„Das ist eine Art Vorentscheid“, sagt Heide Frobels, die Vorsitzende der BN-Kreisgruppe Nürnberger Land. Dass das Bayreuther Bergamt anders als die Ansbacher Regierung urteilt, hält sie für unwahrscheinlich: „Das Bergamt ist nach unserer Erfahrung sehr unternehmerfreundlich.“ Schon das Ja aus Ansbach sei „verwunderlich“, gebe es doch viele Einwände gegen den geplanten Sandabbau. Die Geißlach und vergleichbare Lebensräume im Reichswald sind für Frobels „ein absoluter Schatz“. Tatsächlich wachsen auf der zehn Hektar großen Fläche mit ihrem mageren Sandboden seltene Flechten, gemeinsam mit den für Franken so typischen Kiefern bilden sie gesetzlich geschützte Biotope.

„Rohstoffsicherung ist – genauso wie Naturschutz – ein öffentliches Interesse“, Hannes Zapf, Geschäftsführer des Kalksandsteinherstellers, hat „nie etwas anderes erwartet“ als die grundsätzliche Zustimmung aus Ansbach. Er verweist darauf, dass sein Unternehmen einen Teil der abgeholzten Bäume wieder aufforsten wird und dass nach dem Sandabbau erneut wertvoller Lebensraum entstehe. Zudem habe man nachgewiesen, dass es keine geeigneten Alternativen zur Geißlach gebe.

Die Regierung, von der am Freitag keine Stellungnahme mehr zu erhalten war, stellt ihm in einer sogenannten landesplanerischen Beurteilung mehrere Bedingungen – wobei offen ist, ob das Bergamt diese so be-



Zapf wird hier wohl Sand abbauen dürfen, wenn auch mit Auflagen: Die Geißlach liegt am Fußweg, der den Birkensee-Parkplatz mit den Badeplätzen verbindet, sie ist etwa 200 Meter vom Ufer entfernt. Foto: PZ-Archiv/Sichelstiel

stätigt. Unter anderem darf Zapf ein Drittel der Geißlach und damit einen Teil der Flechtenkiefernwälder nicht antasten, er muss eine „erhebliche Beeinträchtigung“ der Erholungssuchenden vermeiden, die am Birkensee baden oder im Reichswald wandern oder reiten. Dazu gehört, dass der Abbau nicht von den Badeplätzen am See aus sichtbar sein darf.

Der BN spricht von einer „wachsenen Regelung“, die Profitstreben über den Schutz der Natur stelle. Das Unternehmen könne in bestehenden Gruben Sand kaufen, „nur ist ihnen das zu teuer“, sagt Tom Konopka, Regionalreferent für Mittelfranken.

Zapf will all das nicht kommentieren, zumal der BN aus seiner Sicht nicht für die Mehrheit der Bevölkerung spricht: „Es gibt hier in Behringersdorf keine Bürgerinitiative gegen den Sandabbau, noch nicht einmal die Ortsgruppe des Bund Naturschutz unterstützt diese Kritik.“

Frobels und Konopka kämpfen weiter für die Geißlach. Sie rufen in einer Pressemitteilung die Minister Markus Söder (Finanzen, Landesentwicklung, Heimat) und Helmut Brunner (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten) dazu auf, den Wald am Birkensee vor der Rodung zu bewahren. Zudem liegt der EU-Kommissi-

on eine Beschwerde des Fränkischen Albvereins vor. Dessen Naturschutzwart, der Grünen-Landtagsabgeordnete Markus Ganserer, wirft dem Freistaat vor, Flechtenkiefernwälder nicht ausreichend zu schützen, obwohl er dazu durch europäisches Recht verpflichtet sei. Im Gegenteil: Die Staatsforsten spielten sogar „eine aktive Rolle bei der Zerstörung dieses Lebensraumtyps“. Auch die Geißlach wird von dem Unternehmen für den Abbau zur Verfügung gestellt.

Die Beschwerde, die in Brüssel verhandelt wird, hat jedoch keinen Einfluss auf das laufende Genehmigungsverfahren.